

Muhterem Aras
Bündnis 90 / Die Grünen
Kandidatin für den Wahlkreis Stuttgart I
Landtagswahl Baden-Württemberg 2011
www.muhterem-aras.de



GEWerkchaft Erziehung und Wissenschaft
Kreis Stuttgart
Frau
Annemarie Raab
Burenstraße 24
70435 Stuttgart

Sehr geehrte Frau Raab,
sehr geehrte Damen und Herren der GEW Kreis Stuttgart,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Bildungspolitik.
Bitte entschuldigen Sie die späte Antwort. Ich hoffe, dass Sie es dennoch veröffentlichen können.

1. Welche Voraussetzungen benötigt inklusives Bildungssystem in Stuttgart, und wie setzen Sie sich dafür ein?

Inklusion benötigt für ihr Gelingen die passenden Rahmenbedingungen. Diese hat die grüne Landtagsfraktion in einem Eckpunkteantrag in den Landtag eingebracht, der aber leider von den Regierungsfraktionen abgelehnt wurde. Grundsätzlich ist unser Ziel, dass alle Schulen sich für Inklusion öffnen. Wir wollen die Sonderschulpflicht abschaffen und ein echtes Elternwahlrecht einführen. Das funktioniert aber nur dann, wenn der sonderpädagogische Förderbedarf des Kindes ihm an die jeweilige Schule folgt und die schulischen Voraussetzungen, u. a. ein Unterstützungssystem an den Schulen etabliert werden (Heilpädagogen, Schulsozialarbeit, Sonderpädagogen), damit jedes Kind frühzeitig Unterstützung und zusätzliche Förderung bekommt.

2. GEW will Schule für alle, unterstützen Sie diese Forderung?

Ja, wir GRÜNEN befürworten die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen bis Klasse 10 für alle Kinder. Denn das gegliederte Schulsystem, das so tut, als gäbe es genau drei Begabungstypen, wird der Individualität der Kinder nicht gerecht. Wir brauchen stattdessen eine neue Lernkultur, die an den individuellen Stärken jedes Kindes ansetzt. Jedes Kind hat Anspruch auf seinen individuellen Lernweg mit passender individueller Unterstützung – an allen Schularten. Enormes Potenzial sehen wir hier in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10. Denn in einer solchen Schule gibt es aufgrund der größtmöglichen Vielfalt an differenzierten Lernangeboten pro Standort den meisten Raum für individuelle Förderung. Gemeinschaftsschulen sind dabei keineswegs „beliebig“, wie die Kultusministerin behauptet: Auch sie orientieren sich verpflichtend an den Bildungsplänen und Bildungsstandards, lediglich ohne Verengung auf eine einzige Schulart.

Wir Grünen werden solche Schulen allerdings nicht gegen den Willen der Beteiligten von oben verordnen, sondern ermöglichen diese innovative Schulentwicklung dort, wo Gemeinden und Schulgemeinschaften es wünschen und anspruchsvolle pädagogische Konzepte der individuellen Förderung vor Ort passgenau erarbeitet haben. Über 60 Anträge aus dem Ländlichen Raum, aber

auch aus größeren Städten wie Tübingen und Karlsruhe liegen bereits vor. Gerade im Ländlichen Raum bietet die Gemeinschaftsschule die Chance, attraktive, vielfältige Bildungsangebote in der Fläche und wohnortnah zu erhalten.

3. Vorgaben Land Schulbau: Müssen sie geändert werden?

Der Klassenraum ist der „dritte Pädagoge“ neben den LehrerInnen und den SchülerInnen. Wir GRÜNEN haben in dieser Legislaturperiode einen Antrag in den Landtag eingebracht (Drs. 14/4066: http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4066_D.PDF), in welchem wir fordern, den veränderten pädagogischen Erkenntnissen Rechnung zu tragen, indem die Schulbauförderrichtlinien angepasst und erweitert werden. Leider hat die Landesregierung dies abgelehnt.

4. Wie ist Inklusion mit vorherrschendem Klassenteiler einlösbar?

In der Tat braucht Inklusion als eine der vielfältigen passenden Rahmenbedingungen auch geeignete Klassengrößen. Wir GRÜNEN wollen allgemein die Klassengröße auf maximal 25 begrenzen; in Grundschulen auf maximal 22. Zudem sollen die Lehrkräfte pro Kopf zugewiesen werden. Ebenfalls wichtig ist uns ein Sozialindex, laut dem ebenfalls eine verbesserte Lehrerversorgung erfolgen kann, um größeren als den durchschnittlichen Förderbedarfen gerecht zu werden. Wichtig ist hier auch wider das von uns geplante Unterstützungssystem aus HeilpädagogInnen, SonderpädagogInnen und Schulsozialarbeit.

5. Päd. Assistent für Inklusion zu gering bezahlt, wie lösen?

Viele Pädagogische AssistentInnen leisten hervorragende Arbeit, was sich in der Tat leider nicht in deren Entlohnung widerspiegelt. In der Praxis stellen Pädagogische AssistentInnen einen Notbehelf dar, weil es keine umfassende Qualifizierung für sie gibt. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode klären, welche fachlichen Anforderungen für Pädagogische AssistentInnen erforderlich sind und wie sie entsprechend entlohnt werden können. Für die Inklusion brauchen wir aber eigens dafür fachlich ausgebildeten Personen, vor allem an den Grundschulen. So können die vielfältigen Lern- und Entwicklungsprobleme von Kindern schon im frühen Stadium abgefangen werden.

6. Schulsozialarbeit verbindlich? Landesfinanziert?

Wir GRÜNEN fordern seit Jahren hartnäckig den Wiedereinstieg des Landes in die Förderung der Schulsozialarbeit. Es kann angesichts der klammen Kassenlage vieler Kommunen nicht angehen, dass der Zufall oder die Zahlkraft der Kommunen bestimmt, ob sie sich den „Luxus“ Schulsozialarbeit leisten können. Das Land muss hier Verantwortung übernehmen und sich wieder mit Drittfinanzierung beteiligen. Wir streben zudem schrittweise an, dass alle weiterführenden Schulen im Land über Schulsozialarbeit verfügen.

7. Platzmangel berufliche Gymnasien. Welche Maßnahmen?

Wir GRÜNEN sind dafür, dass die Jugendlichen bei Erfüllung der Aufnahmekriterien einen Rechtsanspruch auf einen Platz im beruflichen Gymnasium bekommen. Nur so bleibt die Maxime „Kein Abschluss ohne Anschluss“ keine leere Versprechung. Im Zusammenhang damit müssen die Beruflichen Gymnasien v.a. im ländlichen Raum noch weiter ausgebaut werden.

8. Doppeljahrgang Abi 2012: Welche Maßnahmen für ausreichende Studienplätze?

Wir GRÜNEN haben die Landesregierung seit Jahren aufgefordert, zusätzliche 21.000 Studienplätze bereitzustellen. Nach zähem Ringen hat die Landesregierung die ursprünglichen zusätzlichen 16.000 Plätze nach oben korrigiert, allerdings nicht in ausreichendem Maß. Angesichts der Abschaffung der Wehrpflicht und dadurch des Ersatzdienstes bereits in diesem Jahr sind nochmals 5.000 zusätzliche Studienplätze notwendig. Das zusätzliche

Hochschulpersonal wollen wir zur Verfügung stellen.

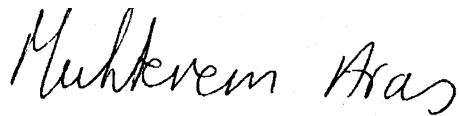
9. Akustik in Klassenräumen / Schulbauförderrichtlinien ändern / Stimme Lehrkraft?

Wir GRÜNEN haben Vorschläge erarbeitet, wie die Schulräume gestaltet werden müssen, um dem neusten Stand der pädagogischen Erkenntnisse und den Kindern und Jugendlichen sowie den Lehrkräften als Lernumgebung gerecht zu werden. Selbstverständlich liegt uns die Lehrergesundheit sehr am Herzen, weshalb wir diese Kriterien (Akustik etc.) ebenfalls berücksichtigen bei unserer Vorstellung angemessener Schulbauförderrichtlinien. Im Übrigen beinhaltet unser Modell von Schule wenig Frontalunterricht und mehr Kleingruppenarbeit sowie individuelle Lernzeit für die Kinder, sodass die Lehrkraft dadurch auch stimmlich deutlich entlastet wird. Gleichzeitig brauchen wir eine bessere akustische Ausgestaltung der Schulräume auch, um bessere Voraussetzungen für die Inklusion von Kindern mit Hörschädigungen zu schaffen.

10. Ausbau GTS: Räumliche Ausstattung, Personal? Realschulen Gymn. GTS gebunden?

Wir GRÜNEN befürworten den raschen flächendeckenden Ausbau der rhythmisierten gebundenen Ganztagesesschule (alle Schularten) im Land und wollen zudem die Ganztagesesschule als Schulform im Schulgesetz verankern. Nach dem Jahrzehnte langen Schulversuchsstatus muss endlich für die betroffenen Schulen und Kommunen Rechtssicherheit geschaffen werden. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der bei allen kommunalen Spitzenverbänden breite Zustimmung fand, jedoch von den Regierungsfractionen im Februar 2011 im Landtag abgelehnt wurde. Auch bei der räumlichen Ausgestaltung der Ganztagesesschulen muss sich das Land durch eine Änderung der Schulbauförderrichtlinien stärker einbringen.

Freundliche Grüße



Muhterem Aras